



2021/35 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2021/35/zivilisieren-bis-zum-tod>

Nach dem Fund weiterer Massengräber fordern Kanadas Indigene mehr Aufklärung

Zivilisieren bis zum Tod

Von **Niklas Lämmel**

In Kanada wurden in den vergangenen Monaten mehrere Massengräber mit den Leichen indigener Kinder entdeckt, die auf »residential schools« gegangen waren, in denen Misshandlungen an der Tagesordnung waren. Die Funde haben die Debatte über die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung erneut angefacht.

Auf den ersten Blick ist Kamloops eine gewöhnliche Stadt im Westen Kanadas. Etwa 100 000 Menschen leben hier, nach Vancouver sind es knapp vier Stunden mit dem Auto. Seit einigen Wochen steht der Name der Stadt jedoch für eines der größten Verbrechen der jüngeren kanadischen Geschichte. Im Mai war auf dem Gelände der Kamloops Indian Residential School ein Massengrab mit 215 Kinderleichen entdeckt worden. In den darauffolgenden Wochen gab es an den Standorten von drei weiteren ehemaligen Internatsschulen für indigene Kinder in den Provinzen British Columbia und Saskatchewan ähnliche Funde. Mit Hilfe von Radartechnologie wurden die Überreste von insgesamt mehr als 1 300 Kindern entdeckt.

Bereits 2015 hatte eine historische Kommission, die zur Aufarbeitung solcher Verbrechen eingesetzt worden war, festgestellt, dass der kanadische Staat mit der brutalen Assimilierungspolitik in den *residential schools* einen »kulturellen Genozid« betrieben habe.

»Das Ausmaß der Leichenfunde ist extrem verstörend«, sagt Raymond Frogner im Gespräch mit der *Jungle World*. Er leitet das Archiv des National Centre for Truth and Reconciliation an der Universität von Manitoba, das die Geschichte der sogenannten *residential schools*, internatartiger Schulen für Kinder der First Nations – die über 600 Gemeinschaften umfassen –, erforscht und Zeitzeugenberichte sammelt. Überraschend seien die Entdeckungen allerdings nicht: »In den indigenen *communities* ist seit Jahrzehnten bekannt, dass es solche Massengräber gibt.« Vermutlich habe es jedoch einen größeren Fund wie in Kamloops gebraucht, um eine breite Diskussion über die Verbrechen zu entfachen.

Der kanadische Staat hatte Ende des 19. Jahrhunderts damit begonnen, spezielle Internate für indigene Schülerinnen und Schüler aufzubauen. Der zuständige Staatssekretär Sir Hector-Louis Langevin hatte 1883 verkündet, dass es notwendig sei, die Kinder von ihren Familien zu trennen, um sie erziehen zu können. »Manche Menschen würden sagen, dass das hart ist. Aber wenn wir sie zivilisieren möchten, müssen wir so vorgehen«, sagte der konservative Politiker

damals im Parlament; Indigene bezeichnete er als »Wilde«. In den Internaten, die von verschiedenen kirchlichen Institutionen betrieben wurden, war es streng verboten, indigene Sprachen zu benutzen oder indigene Bräuche auszuüben.

Bereits 2015 hatte eine historische Kommission, die zur Aufarbeitung solcher Verbrechen eingesetzt worden war, festgestellt, dass der kanadische Staat mit der brutalen Assimilierungspolitik in den *residential schools* einen »kulturellen Genozid« betrieben habe. In den Internaten herrschten strenge Regeln, zugleich waren die Lebensbedingungen extrem schlecht. »Die Sterblichkeit unter den indigenen Schülern war deutlich höher als im Rest der Bevölkerung«, betont Frogner. Insgesamt gab es 130 *residential schools*, mindestens 150 000 indigene Schülerinnen und Schüler haben das System durchlaufen. Die letzte Einrichtung wurde erst im Jahr 1996 geschlossen.

Die Auswirkungen dieses Schulsystems sind bis heute groß. In vielen Internaten waren Misshandlungen an der Tagesordnung, ehemalige Schülerinnen und Schüler berichten von körperlicher und psychischer Gewalt sowie von sexuellen Übergriffen. Frogner vermutet, dass ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Gewalterfahrungen und den hohen Suizidraten in der indigenen Bevölkerung besteht.

Die Entdeckung der Massengräber habe, so Frogner, bei vielen Betroffenen erneut traumatische Erinnerungen geweckt, die Regierung habe eine Krisen-Hotline eingerichtet. Trotzdem hält es Frogner für sehr wichtig, weitere Untersuchungen anzustellen: Es sei üblich gewesen, die Familien nicht einmal über den Tod ihrer Kinder zu informieren, nun gebe es die Möglichkeit, zumindest einen Teil der Leichen zu identifizieren.

Zugleich stellt sich die Frage nach der strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen. Bis heute hat es nur wenige Prozesse gegen einzelne ehemalige Lehrkräfte gegeben, denen Misshandlungen nachgewiesen werden konnten. »Sie sind noch am Leben«, sagte Patricia Ballantyne, die zwischen 1978 und 1987 die Prince Albert Indian Residential School besuchen musste, in einem Gespräch mit dem Fernsehsender CBC. »Sie laufen immer noch durch die Gegend, noch immer begegnen wir ihnen. Warum werden sie nicht angeklagt?«

Auch die ökonomischen Folgen des Schulsystems sind noch spürbar. Um das Bildungsniveau der indigenen Bevölkerung niedrig zu halten, hatten die Internate keine höheren Schulabschlüsse angeboten. Mädchen wurden in der Regel auf ein Leben als Hausfrauen vorbereitet, Jungen sollten handwerkliche Berufe erlernen. In vielen Fällen mussten die Schülerinnen und Schüler allerdings den halben Tag in angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten, um ihre eigene Ernährung sicherzustellen.

Die öffentliche Auseinandersetzung mit den *residential schools* wirft erneut die Frage auf, wie die Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung verbessert werden können. Nach wie vor leben viele Indigene in Armut, häusliche Gewalt und Suchtprobleme sind weitverbreitet. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hatte nach seiner Wahl vor sechs Jahren versprochen, das Engagement für die indigene Bevölkerung in den Mittelpunkt seiner Amtszeit zu stellen. Tatsächlich hat seine Regierung verschiedene Programme zur Unterstützung der indigenen Bevölkerung und zur Erforschung der Vergangenheit aufgelegt. Kritikerinnen und Kritiker werfen Trudeau allerdings vor, sein Versprechen an entscheidenden Punkten gebrochen zu haben. Insbesondere seine Unterstützung für den Bau einer Erdöl-Pipeline, die auch durch indigene Siedlungsgebiete im Westen Kanadas führen soll, wird in diesem Zusammenhang

angeführt.

Die derzeitige Debatte dreht sich auch um die Frage, ob finanzielle Unterstützung ausreicht, um die Lage der indigenen Bevölkerung zu verändern. Kluane Adamek, eine Vertreterin des nordkanadischen Territoriums Yukon in der Assembly of First Nations, hat einen radikalen Vorschlag formuliert, um die Repräsentation der indigenen Bevölkerung auf staatlicher Ebene zu verbessern. In einem Artikel für die Tageszeitung *The Globe and Mail* fordert sie, den kanadischen Senat zu »indigenisieren«. Die Mitglieder des Oberhauses des kanadischen Parlaments werden auf Vorschlag des Premierministers ernannt und vertreten die verschiedenen Regionen Kanadas. Adamek schlägt vor, sukzessive mehr indigene Senatorinnen und Senatoren zu ernennen und so die »Vielfalt indigener Perspektiven, Nationen und Interessen« in einer entscheidenden staatlichen Institution zu verankern.

Wie viel Zeit Trudeau noch bleibt, um über diesen Vorschlag nachzudenken, ist allerdings offen. Vor dem Hintergrund einer erfolgreichen Impfkampagne und der guten wirtschaftlichen Situation hat der Premierminister vor kurzem das Unterhaus aufgelöst und Neuwahlen für den 20. September angesetzt. Seine politische Zukunft dürfte nun davon abhängen, ob es ihm gelingt, wieder die absolute Mehrheit zu gewinnen, die seine Liberale Partei vor zwei Jahren verloren hatte. Trudeau führt seither eine Minderheitsregierung an.

Unabhängig vom Ausgang der Wahl steht eines jedoch schon fest: Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen an der indigenen Bevölkerung wird weitergehen. Auch die Suche nach Massengräbern sei noch lange nicht beendet, so Frogner: »Es wird weitere Funde geben. Das ist ganz sicher.«